

"Wir sind noch nicht durch" oder: Das ganze Elend deutscher Wirtschaftsideologie

Von Friederike Spiecker | 22.10.2013

Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Jens Weidmann, hat [in einer kürzlich gehaltenen Rede](#) die Notwendigkeit weiterer Reformen am deutschen Arbeitsmarkt mit den Worten "Wir sind noch nicht durch" bekräftigt. Die Begründung folgt den alt bekannten Mustern: Deutschlands Gesellschaft altert und hat dadurch eine große Rentenlast sowie einen Fachkräftemangel vor sich. Zudem holen die Schwellenländer technologisch auf – eine permanente Bedrohung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten. Dazu die Energiewende und die hohe Staatsverschuldung. Das alles könne nur bewältigt werden, wenn wir unseren Arbeitsmarkt noch flexibler machten, und zwar, wie der Bundesbankpräsident [in einem Interview](#) näher ausführt, in der Breite: Nicht nur im untersten Lohnsegment seien die Lasten der Anpassungserfordernisse zu schultern, sondern auf allen Ebenen. Der Bundesbankpräsident will den Druck, der auch in Deutschland trotz statistisch sinkender Arbeitslosenquote immer noch auf dem Arbeitsmarkt herrscht in Form von Unterbeschäftigung und schlechter Bezahlung, breiter verteilen. Man könnte es auch so formulieren: Jens Weidmann sieht ein, dass man aus den bislang Geschöpften nicht mehr viel herausholen kann. Also müssen die nächsten ran.

Doch was soll das? Warum sollte Deutschlands Wohlstand nur zu halten sein, wenn sich die Arbeitnehmer immer schneller im Hamsterrad drehen angetrieben von Angst um den Arbeitsplatz und um die Einkommensperspektiven? Und was für eine Art Wohlstand soll das sein, dieses sich beschleunigende Hamsterrad für viele? Da das nicht sehr attraktiv erscheint für die meisten Strampelnden, muss man denen eine Alternative in Aussicht stellen, die ihnen noch schrecklicher erscheint, damit sie sich mit der Beschleunigung des Hamsterrades abfinden: Arbeitslosigkeit und Abstieg in die Armut.

Vor dieser Drohkulisse lassen sich dann weitere Reformschritte durchsetzen und / oder Änderungen verhindern oder wenigstens verwässern, die zunächst den Ärmsten in der Gesellschaft, die nicht selten am meisten und am erfolglosesten strampeln, den Rücken stärken würden wie etwa die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in einer spürbaren Größenordnung. Immerhin wären das Änderungen, die auf den zweiten Blick auch die Verhandlungsposition der über dieser untersten Einkommenschicht Angesiedelten auf die Beine helfen würde: Wer mehr leistet als auf dem unter-

sten Qualifikationsniveau erforderlich, beansprucht auch eine bessere Bezahlung. Es ist also vollkommen konsequent, wenn sich Jens Weidmann sowohl in der besagten Rede als auch in dem Interview klar gegen die Einführung eines Mindestlohns ausspricht.

Dafür ist er zwar im Handelsblatt von Norbert Häring (9.10.2013, Seite 10) scharf kritisiert worden, allerdings meiner Ansicht nach mit der falschen Begründung, nämlich mit der, er habe sich als Geldpolitiker aus verteilungspolitischen Fragen herauszuhalten. Das kann nur jemand schreiben, der die verschiedenen Politikbereiche in dem Sinne für mehr oder weniger unabhängig voneinander hält, dass jeder Bereich seine Ziele und seine dafür einsetzbaren Instrumente habe. Etwa so: Die Geldpolitiker sind für Preisstabilität zuständig, um die sie sich mit ihrer Zinspolitik zu kümmern haben. Arbeitsmarktpolitik gehört nicht dazu, also sollen sich Geldpolitiker nicht dazu äußern.

Anders als Norbert Häring würde ich Jens Weidmann nicht dafür kritisieren, dass er das ihm zugewiesene Gebiet der Inflation und der Geldpolitik verlässt. Im Gegenteil würde ich geradezu fordern, dass mehr in Zusammenhängen des Gesamtsystems gedacht wird. Der wichtigste Grund dafür ist, dass das schöne alte Denkmodell mit einzelnen Zielen und den jeweils für die Zielerreichung verfügbaren einzelnen Instrumenten nicht trägt. In fast allen Bereichen passen Ziele und Instrumente nicht zusammen. Wenn z.B. die Inflation, wie [hier schon so oft](#) theoretisch erklärt und empirisch belegt, wesentlich von den Lohnstückkosten bestimmt wird, dann kann die Geldpolitik ihr Ziel der Preisstabilität nicht sinnvoll ohne Hilfe der Gewerkschaften verfolgen. Also ist es richtig, sich zur Lage am Arbeitsmarkt und den arbeitsmarkt- und einkommenspolitischen Instrumenten zu äußern.

Nur – jetzt kommt das große Aber – versteht der Bundesbankpräsident die systemischen Zusammenhänge in der Gesamtwirtschaft offenbar falsch. Da er an das [neoklassische Arbeitsmarktparadigma](#) glaubt, muss er gegen alles seine Stimme erheben, was der Steigerung des Lohnniveaus dient, solange Arbeitslosigkeit herrscht, also auch und gerade [gegen den Mindestlohn](#). Dass eine [weitere Schleifung der Arbeitseinkommen](#) und vor allem der Arbeitseinkommensperspektiven für die breite Masse der Arbeitnehmer momentan der Hinderungsgrund schlechthin für eine positive Konjunkturerwicklung ist, will der Neoklassiker und Monetarist Jens Weidmann nicht wahrhaben.

Die Hauptbegründung für das Hamsterrad, dem die Arbeitskräfte sich angeblich stellen müssen, ist die Konkurrenz. Und zwar die Konkurrenz aus dem Ausland. Jens Weidmann beschreibt das so: "Der Anteil der Schwellenländer an der globalen Wirtschaftsleistung hat zwischen 2000 und 2012 von 37 % auf 50 % zugenommen. Dieser Trend wird sich fortsetzen, und die dortigen Unternehmen werden auch technologisch weiter aufholen und damit den Wettbewerbsdruck für die etablierten Marktführer in den Industrieländern erhöhen. Dies gilt umso mehr, als gemessen an den Patentaktivitäten Deutschland traditionell besonders stark in den hochwertigen Technologien, nicht aber in den Spitzentechnologien ist, bei denen die Schwellenländer unter Umständen langsamer aufschließen." Im Umkehrschluss heißt das, dass uns die Schwellenländer auf den Hacken sind und mit Siebenmeilenstiefeln einzuholen, ja zu überrunden drohen.

Doch, so muss man fragen, worin besteht das "Aufholen" und das "Überrunden" eigentlich? Dass in den Schwellenländern technisch zunehmend so produziert wird wie hier, ist die Antwort. Aber, das ist wohl die Befürchtung, zu wesentlich geringeren Stundenlöhnen, so dass die Lohnstückkosten

geringer sind als hierzulande und damit der gesamtwirtschaftlich gesehen bedeutendste Kostenfaktor viel niedriger ausfällt als bei uns. Wenn das so wäre, dann könnten deutsche Unternehmen, so die Befürchtung, auf dem Weltmarkt nicht mehr mit konkurrenzfähigen Preisen antreten, verlören an Marktanteilen und müssten hierzulande Stellen streichen bzw. ihre Produktion ins billigere Ausland verlagern (womit sie ja seit Jahren lautstark und erfolgreich drohen). Damit sei aber der hiesige Wohlstand in Gefahr, der eben nur durch eine weitere Arbeitsmarktflexibilisierung (konkret: eine weitere Schleifung des deutschen Lohnniveaus) zu begegnen sei.

Diese Sicht der Dinge ist fundamental falsch, und zwar aus mehreren Gründen. Zunächst ignoriert sie die Existenz von Wechselkursen. Sollte ein Land in der Welt in Sachen technischen Fortschritts der Konkurrenz massiv davonziehen und via Preissenkung entsprechend Weltmarktanteile erobern, stünde seine Währung über kurz oder lang unter Aufwertungsdruck, was den Wettbewerbsdruck auf die ausländische Konkurrenz mildern würde. Die Rechnung ohne die Wechselkurse zu machen, ist zwar in Deutschland üblich geworden (siehe die Empfehlung der Bundeskanzlerin an alle übrigen EWU-Partner, ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Rest der Welt zu steigern), aber das macht diese Rechnung noch lange nicht richtig.

Darüber hinaus ist nicht davon auszugehen, dass alle Länder dieser Welt der deutschen Auffassung sind, dass Produktivitätsgewinne möglichst *nicht* in den Arbeitseinkommen weitergegeben werden sollten, Lohndumping also sinnvoll sei. Werden Produktivitätsgewinne stattdessen in den Löhnen weitergegeben, weil die Länder wie etwa China das als sinnvolle Strategie wirtschaftlicher Entwicklung erkennen, sinken die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten relativ zum Ausland durch das technologische Aufholen gerade nicht. Dann aber muss man nicht einmal auf die beschriebene, wenigstens langfristig eintretende Reaktion der Wechselkurse warten, um ein "Bedrohungsszenario" als konstruiert zu entlarven.

Doch bleibt da nicht das Problem, dass man in manchen Segmenten die Marktführerschaft verlieren könnte? Gibt es nicht viele gut ausgebildete Inder, die Deutschen im IT-Bereich schon heute massiv Konkurrenz machen? So sehr, dass man fürchten muss, in die Gruppe der Nachahmer zu rutschen, statt als strahlende Vorreiter den technologischen Takt vorzugeben? Ja, das ist richtig, so viel ich weiß. Wen das stört, der kann ja mehr in die Bildung junger Deutscher investieren, damit sich hierzulande mehr Talente entfalten. Das geht nebenbei bemerkt mit Steuermitteln recht gut und ist gegenüber den Steuerzahlern anderer Länder fairer, als gut ausgebildete junge Menschen aus anderen Staaten anzuwerben, wie das Jens Weidmann vorschlägt.

Das Hauptargument jedoch gegen die Bangemacherei in Sachen Einbuße technologischer Führerschaft ist ein anderes: Warum sollte es so schlimm sein, wenn deutsche Unternehmen Technologie aus dem Ausland kopieren müssten, also dem technischen Trend hinterherlaufen statt ihn anzuführen? Nun, das würde die vorübergehenden Monopolgewinne der deutschen Unternehmen reduzieren oder gar beseitigen. Denn die stecken die jeweiligen Marktführer ein, während sich die Nachahmer mit wesentlich kleineren Margen begnügen müssen. Und diese Perspektive gefällt deutschen Unternehmern überhaupt nicht, hieße es doch Abschied nehmen von satten Kapitalrenditen. Die Behauptung, hohe Gewinne seien Voraussetzung für zukünftige Sachinvestitionen, hat sich ausweislich der deutschen Investitionsdaten seit Jahren als reiner Bluff entpuppt. Für den deutschen

Durchschnittsarbeitnehmer ist es ziemlich egal, ob er die Teile eines Produkts gemäß deutschem, indischem oder chinesischem Patent zusammenbaut. Für den Unternehmer aber liegen Einkommenswelten dazwischen.

Verständlich also, dass der versucht, die Möglichkeiten der ausländischen Konkurrenz zur Markteroberung so gering wie möglich zu halten. Das kann er auf zwei Arten versuchen: Entweder er bemüht sich um technologischen Vorsprung, der ihm Preisspielräume und/oder neue Märkte eröffnet, oder er bemüht sich um Kostensenkung durch Lohndumping. Letzteres ist mittelfristig recht erfolgreich (wenn man zugleich den Aufwertungsdruck an den Devisenmärkten mittels Währungsunion weitgehend gebannt weiß), weil die Unsicherheiten entfallen, die mit dem anderen Kostensenkungsmittel, den technischen Neuerungen, regelmäßig verbunden sind. Nur – und das ist der Haken bei der Sache – zerstört man langfristig durch das Lohndumping die Basis der Wirtschaft. Es wird nämlich nicht mehr so viel investiert, weil einerseits die Auslastung im Inland dank lahmender Binnennachfrage erodiert und andererseits Markterfolge im Ausland eben ohne Investitionen zu erreichen sind.

Mit anderen Worten: Die Drohung mit der Konkurrenz aus dem Ausland zum Zweck weiterer Lohnmoderation in Deutschland dient dazu, die deutschen Gewinneinkommen auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer und Arbeitslosen zu schützen. Diese Strategie ist großen Teilen der Bevölkerung gegenüber unfair und noch dazu von wenig Weitsicht geprägt, zerstört sie doch unsere Zukunftschancen.

Kann man dem Bundesbankpräsidenten also noch abnehmen, dass es ihm wirklich um das Wohl der deutschen Bevölkerung geht und nicht allein um einen Wohlstand, den die im Hamsterrad Strampelnden hauptsächlich für die Eliten erwirtschaften? Was spricht gegen die Vermutung, dass es hier jemandem wichtiger ist, seine ideologische Grundposition zu verteidigen als die empirischen Fakten wahrzunehmen und daraus wissenschaftlich schonungslos Rückschlüsse zu ziehen? Oder wie der [Journalist David McRaney es formuliert](#): "When your deepest convictions are challenged by contradictory evidence, your beliefs get stronger."

Dass Jens Weidmann seine Mahnung "Wir sind noch nicht durch" dann auch noch mit dem Satz garniert, Deutschland gelte dank der Erfolge früherer Reformen vielen im Ausland als "Vorbild, dessen Wettbewerbsfähigkeit so hoch ist, dass manche darin sogar einen Teil des Problems sehen", schlägt dem Fass den Boden aus. Der Bundesbankpräsident gibt sich als weltoffener Mensch, der sehr wohl die Analysen anderer Leute, dass Deutschlands überlegene Wettbewerbsfähigkeit den Kern der Euro-Krise ausmacht, wahrnimmt und in seinen sorgsam ausgewogenen Rat einfließen lässt. Das ist die perfekte Augenwischerei an der Spitze der vielleicht einflussreichsten, nicht demokratisch legitimierten Institution in Europa: Man hängt dem ideologischen Beton ein Mäntelchen von Pluralismus um, damit man sich gegen Kritik immunisiert, man umarmt sozusagen die Kritiker, um sie dabei zu erstickern. Nichts zeigt besser als diese Taktik, dass mit keinerlei Änderung der deutschen Haltung an den Hebeln der wirtschaftspolitischen Macht zu rechnen ist.

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 22.10.2013

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/10/wir-sind-noch-nicht-durch-oder-das-ganze-elend-deutscher-wirtschaftsideologie/>